

Positionen und Forderungen des Entwicklungspolitischen Netzwerks (epn) Hessen zur Landtagswahl 2023

2023 startet die zweite Halbzeit der Agenda 2030, die die Staatengemeinschaft im Jahr 2015 beschlossen hat. Es bleiben noch 7,5 Jahre, um diese ehrgeizige Transformationsagenda mit ihren Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) einzulösen.

Die Vereinten Nationen haben die 2020er Jahre zu einer „Dekade des Handelns“ für die Verwirklichung der SDGs erklärt. Doch noch immer hinkt der Umsetzungsstand der meisten der siebzehn Ziele zur Überwindung von Armut, Hunger und Ungleichheit, für eine nachhaltige Wirtschaftsweise, für Klimaschutz und Friedenssicherung, dem Zeitplan weit hinterher. Pandemie, Kriege und Klimakrise haben gar manche bereits erreichten Fortschritte wieder zunichte gemacht. Die mehr als 100 Mitgliedsorganisationen des Entwicklungspolitischen Netzwerks (epn) Hessen arbeiten gemeinsam mit Partnerorganisationen im Globalen Süden an der Umsetzung der SDGs.

Zur Landtagswahl 2023 in Hessen fordern wir alle kandidierenden Parteien auf, die notwendige Umsetzung der SDGs als Priorität in ihre Programmatik aufzunehmen. Eine dafür äußerst wichtige Voraussetzung ist, die Haushaltsmittel für das Förderprodukt 39 „Entwicklungszusammenarbeit“ in Kap. 0705 des Landeshaushalts für Zuschüsse an hessische Nichtregierungsorganisationen für entwicklungspolitische Projekte im In- und Ausland (derzeit 0,9 Mill) deutlich zu erhöhen. Die entsprechenden Haushaltsansätze in Nordrhein-Westfalen oder Bayern liegen jeweils über 10 Mio. €! Damit könnten wesentlich mehr Projekte zivilgesellschaftlicher Partner hessischer Nichtregierungsorganisationen im Globalen Süden bei der Umsetzung der SDGs dort unterstützt werden. Gleichzeitig könnte die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hier bei uns in Hessen ausgeweitet werden.

In Hessen sehen wir folgende Handlungsbedarfe:

SDG 1 „Keine Armut“:

- Armutsbekämpfung heißt, Armut abzuschaffen. In Hessen sind Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft überproportional armutsgefährdet. Die neue hessische Landesregierung muss dafür sorgen, dass in Hessen das Ziel „Keine Armut“ wirksam verfolgt wird!

SDG 2 „Kein Hunger“:

- In den verschiedenen Grundsicherungssystemen muss es einen bedarfsdeckenden Regelsatz geben. Die Regelsatzerhöhung mit dem „Bürgergeld“ auf Bundesebene ist niedrig ausgefallen. Der Warenkorb von Niedrigeinkommensbeziehenden sollte überarbeitet und künftig im Einklang mit der Inflationsrate erhöht werden. Das Land Hessen sollte im Bundesrat solche Bestrebungen initiieren oder zumindest unterstützen!



SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen“:

- Gesundheit als Menschenrecht muss auch in Hessen gelten! Es braucht einen anonymen Kranken-/Behandlungsschein, damit auch Menschen ohne Krankenversicherung dieses Menschenrecht realisieren können!
- Die Patente der Impfstoffe gegen Covid und andere Infektionskrankheiten müssen jetzt freigegeben werden, damit sie auch in den Ländern des Globalen Südens produziert und die Menschen dort immunisiert werden können! Es ist nicht nur extrem ungerecht, wenn Konzerne in Pandemiezeiten Kasse machen und Arme ungeschützt bleiben, es ist gleichzeitig auch gefährlich für die Weltgesundheit, weil so Mutationen immer wieder leichter in die Welt kommen!
- Bei der Anwerbung von Pflegekräften aus dem Globalen Süden muss auch in Hessen der Globale Verhaltenskodex der WHO eingehalten werden!
- Angeworbene ausländische Fachkräfte brauchen Beratungsangebote, passende Deutschkurse, Hilfen bei der Anerkennung von Qualifikationen und dürfen bei ihren Arbeitsbedingungen nicht schlechter gestellt werden als hiesige Fachkräfte!
- Ansehen und Lohn von Pflegekräften müssen deutlich verbessert werden. Familiäre Pflegeleistungen müssen wertgeschätzt und materiell anerkannt werden. Sie dürfen nicht in Altersarmut führen!
- Die Stabilisierung der Gesundheit von Geflüchteten ist gerade bei Traumata eine Voraussetzung für die Integration in Gesellschaft und Beruf. Geflüchtete dürfen mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden!

SDG 4 „Hochwertige Bildung“:

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) muss in Hessen in Lehrplänen, Unterricht und in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte stärker verankert werden! Dazu ist eine verbindliche Verpflichtung in der 2. Phase der Lehrkräftebildung (Referendariat) erforderlich!
- Zur Umsetzung von BNE in der Lehrkräftebildung durch die Hessische Lehrkräfteakademie, in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, ist die dauerhafte Schaffung einer BNE-Koordinationsstelle beim HKM erforderlich!
- Einkommensarmut darf nicht an der Wahrnehmung von Weiterbildungsangeboten hindern. Hier braucht es ausreichende Unterstützungsangebote!
- Die Landesregierung muss ihre Unterstützungsangebote für Ausbildungswillige mit Deutsch-Förderbedarf so ausweiten, dass alle eine echte Chance auf einen Ausbildungsabschluss haben!

SDG 5 „Geschlechtergleichheit“:

- Für geflüchtete Frauen sind besondere Schutzräume in allen Unterkünften vorzusehen und eine geschlechtersensible Beratung sicherzustellen!
- Das Land Hessen muss die Istanbul-Konvention vollständig umsetzen! Dazu braucht es mehr Plätze in Frauenhäusern sowie mehr Kinderbetreuungsplätze und Informationen der Eltern über diese Angebote!
- Von Gewalt betroffene Frauen, Männer und Transgender-Personen müssen einzel- und lebenslagengerecht unterstützt werden. Sie brauchen Aufenthaltstitel und dürfen nicht abgeschoben werden! Kinder traumatisierter und mit sich selbst

beschäftigter Eltern sowie traumatisierte geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen solche Unterstützungsangebote ganz besonders!

SDG 6 „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“:

- Das Land soll Maßnahmen zur sparsamen und regional verantwortlichen Gewinnung und Verwendung von Trinkwasser sowie zur Vermeidung von Plastikmüll fördern!
- Der Zugang zu Trinkwasser an öffentlich Plätzen ist zu gewährleisten, außerdem eine angemessene Ausstattung mit Sanitäreinrichtungen in öffentlichen Einrichtungen!

SDG 7 „Bezahlbare und saubere Energie“:

- Auch Hessen muss beschleunigt und konsequent aus Kohle, Gas, Öl und Atomkraft aussteigen, erneuerbare Energien schnell ausbauen, mehr Anstrengungen beim Energiesparen und dem konsequenten Umbau zu einer emissionsfreien Wärmeversorgung unternehmen!

SDG 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“:

- Um das 1,5°-Ziel noch einhalten zu können und die globalen Grenzen nicht zu überschreiten, braucht es nach dem jüngsten Bericht des „Club of Rome“ („Earth4All“) 5 miteinander verknüpfte Kehrtwenden. Sie betreffen die Bereiche Armut, Gleichheit, Ermächtigung der Frauen, Ernährung, Energie und die Transformation unseres Wirtschaftssystems. Die neue hessische Landesregierung soll eine sozial-ökologische Transformation hin zur Nachhaltigkeit in Hessen als Querschnittsaufgabe aller Ressorts aktiv vorantreiben!
- Die Förderung der Beratungsstelle „Faire Mobilität“ in Frankfurt a. M. zur Information, Beratung und Unterstützung von Beschäftigten aus Mittel- und Osteuropa in ihren Herkunftssprachen zu ihren Rechten auf dem deutschen Arbeitsmarkt muss erhöht, die Arbeit auch auf Beschäftigte aus Drittstaaten ausgeweitet und die Zusammenarbeit zwischen hessischen Arbeitsschutz-Behörden und der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ des Bundes verbessert werden!

SDG 9 „Industrie, Innovation und Infrastruktur“:

- Auch in Hessen müssen Infrastrukturen modernisiert und Industrien nachgerüstet werden, um sie nachhaltig zu machen!
- Die neue hessische Landesregierung sollte den Transfer innovativer nachhaltiger Technologien in die Länder des Globalen Südens aktiv unterstützen!
- Dazu sollte die Arbeit der Hessischen Landesstelle für Technologiefortbildung (HLfT) weiter ausgebaut werden!
- Dazu müssen auch Patente auf entsprechende Technologien freigegeben werden, damit diese in den Ländern des Globalen Südens ohne prohibitive Lizenzgebühren produziert werden können und verfügbar sind!



SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“:

- Insbesondere seit der Finanzkrise 2008/2009 sind die Ungleichheiten zwischen reich und arm immer größer geworden. Die reichsten 1,1% der Weltbevölkerung besaßen Ende 2020 45,8% des weltweiten Vermögens – während der Anteil der ärmeren rund 55% nur 1,3% betrug! Die neue hessische Landesregierung muss eine wirksame Vermögens- und Erbschaftssteuer unterstützen, um die Ungleichheiten zu verringern und um genügend Mittel für die Finanzierung der Staatsaufgaben bei der sozialökologischen Transformation zu haben!
- Der ungleichen Behandlung von Menschen, Diskriminierung und Alltagsrassismus muss entschieden entgegengetreten werden! Die Ziele der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ müssen auch in Hessen bis 2024 umgesetzt werden!
- Die Landesregierung soll sich für ein eigenständiges Aufenthaltsecht ausländischer Ehegatten von Deutschen einsetzen (bisher müssen sie zuvor drei Jahre in ehelicher Lebensgemeinschaft und mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland gelebt haben)!

SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“:

- Kommunen in Hessen sollten bei der Umsetzung der SDGs besser unterstützt und gefördert werden. Dazu gehört, dass:
- Alle Menschen Zugang zu angemessenem Wohnraum und zu Grundversorgung haben!
- Alle Menschen Zugang zu sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Verkehrssystemen haben!
- Die von Städten ausgehende Umweltbelastung mit besonderem Fokus auf Luftqualität und Abfallbehandlung gesenkt wird!
- Der allgemeine Zugang zu sicheren Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleistet wird!
- Nachhaltigkeit in kommunalen Partnerschaften insbesondere mit Kommunen des Globalen Südens umgesetzt wird!

SDG 12 „Nachhaltige/r Konsum und Produktion“:

- Abfälle sollen vermieden oder recycelt, gefährliche Abfälle sicher entsorgt werden!
- Die Nahrungsmittelverschwendung soll verringert werden!
- Das Engagement hessischer Nichtregierungsorganisationen für fairen Handel sollte vom Land stärker unterstützt werden!
- Menschenrechte und Umweltschutz in nachhaltigen Lieferketten müssen selbstverständlich werden. Dies muss ins allgemeine Bewusstsein gerückt und faktisch umgesetzt werden – im Handel, bei Verwaltungen und Kund:innen!
- Nachhaltigkeit soll bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen als wesentliches Ziel endlich umgesetzt und mit der Vergabe befasste Personen entsprechend fortgebildet werden! Das billige Produkt ist oft das teurere – Reparaturfähigkeit und eine neu definierte Qualität müssen ins hessische Vergabegesetz!
- Die Förderung von Kultureinrichtungen und Events soll an die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden (faire Feste und Veranstaltungen, z. B. Hessefest u.a.)!



SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“:

- Klimawandel und Entwicklung sind eng miteinander verbunden. Die Reduktion von Emissionen und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen schont die Lebensgrundlagen.
- Klimaschutzmaßnahmen wie im „Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025“ beschrieben müssen auf ihre entwicklungspolitischen Auswirkungen überprüft und angepasst werden.
- Klimapartnerschaften mit Partnern und Kommunen aus dem globalen Süden können ein wichtiger Baustein sein, um das Bewusstsein zu stärken und konkrete Erfahrungen auszutauschen; hier ergeben sich verschiedene Überschneidungen mit anderen SDGs (z.B. 17).
- Die Menschen im Globalen Süden, die am wenigsten zur Erderhitzung beigetragen haben und jetzt am meisten unter ihr leiden, müssen sehr viel stärker bei der Bewältigung der Klimakrise unterstützt werden! Das steht nicht im Belieben der Verursacher im Globalen Norden, das ist eine menschenrechtliche Pflicht!

SDG 14 „Leben unter Wasser“:

- Die Einträge von Nitrat und Phosphor (z. B. aus der Landwirtschaft), anderen Schadstoffen (wie z. B. Medikamentenrückstände) und von Plastik über hessische Flüsse ins Meer müssen stark verringert werden!

SDG 15 „Leben an Land“:

- Intakte Landökosysteme und ihre Leistungen sollten erhalten, wiederhergestellt und nachhaltig genutzt werden!
- Natürliche Lebensräume und Biodiversität müssen geschützt und erhalten werden!
- Die Produktion und der Export von Pestiziden, die in der EU wegen ihrer Gesundheitsrisiken verboten sind, sollte gestoppt werden!

SDG 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“:

- Die Hessische Landesregierung sollte dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist.
- Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung sind wichtige Elemente eines menschenfreundlichen Staates. Sie erleichtern das Engagement aller Einwohner:innen mit und ohne Migrationsbiografie. Förderprogramme sollten partizipativ im Dialog mit den Betroffenen bedürfnisgerecht entwickelt bzw. überarbeitet werden!
- Die Ausweitung von Begleitmaßnahmen soll das lokale und globale Engagement auch von Migrant:innen und Menschen aus der Diaspora in Hessen bedarfsgerecht fördern! Dazu gehört auch eine Strukturförderung, die ihnen ermöglicht, auch mit Hauptamtlichen und in eigenen Räumlichkeiten zu arbeiten!
- Die interkulturelle Öffnung aller Behörden in Hessen soll vorangetrieben werden, unterstützt durch Beschwerdestellen bei Fällen von Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung!
- Der Anteil von Migrant:innen in staatlichen Stellen und Behörden soll durch Zielvorgaben bzw. Quoten deutlich erhöht werden!



- Bei der Polizei müssen rassismus- und diskriminierungskritische Inhalte in der Ausbildung verankert und bei der Berufsausübung für alle Formen von Racial Profiling sensibilisiert werden!
- Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige, um ihre Partizipation zu stärken und zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern! So lange es noch kein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige gibt, sollte es in einer Demokratie nur gewählte Ausländerbeiräte in den Kommunen geben – und keine von der Verwaltung berufenen „Integrationskommissionen“ (auch in kleinen Kommunen mit weniger als 1.000 ausländischen Einwohner:innen, wenn mindestens 20% von ihnen das fordern)! Ausländerbeiräte müssen in allen Belangen antragsberechtigt sein!
- Das Land Hessen soll eine humane Flüchtlingspolitik verfolgen, die Fluchtursachen und nicht die Geflüchteten bekämpft! Schutz- und Asylsuchende dürfen nicht nach ihrer Herkunft kategorisiert und ungleich behandelt werden!
- Das Land soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Geflüchteten ein menschenwürdiger und legaler Zugang nach Europa bzw. Deutschland eröffnet wird!
- Allen Formen der Gewalt und gewaltbedingter Sterblichkeit muss entgegengewirkt werden.
- Missbrauch und Ausbeutung von Kindern und alle Formen der Gewalt gegen Kinder müssen beendet werden!

SDG 17 „Globale Partnerschaften zur Erreichung der Ziele stärken“:

- Alle gesellschaftlichen Akteure – Wirtschaft, Wissenschaft, organisierte Zivilgesellschaft, Kommunen – müssen ihren Beitrag leisten, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen!
- Länder und Kommunen sollen einen nationalen Beitrag zur Erreichung der SDGs leisten und ihrer internationalen Verantwortung durch Fachaustausch, Partnerschaftsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit gerecht werden!
- Das Land Hessen soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Themen wie Rassismus und postkoloniale Kritik unerlässliche Bestandteile sowohl von Entwicklungszusammenarbeit als auch von entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sind und bleiben müssen!
- Das Land Hessen soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass entsprechend der Forderungen der Committees der Ovaherero und Nama das „Versöhnungsabkommen“ zum Völkermord mit Namibia neu verhandelt wird!
- Migrant:innen sind auch gesellschaftliche Akteure. Für Überweisungen an ihre Familien in den Herkunftsländern sollen sie keine hohen Gebühren zahlen müssen!